

Nahverkehr

Städte unterstützen Wissings Idee einfacher ÖPNV-Tarife

Auch die deutschen Städte halten es für sinnvoll, das Tarifsystem des öffentlichen Verkehrs zu vereinheitlichen. Verkehrsminister Wissing will Erfahrungen aus dem 9-Euro-Ticket nutzen. Bayern glaubt, die Lösung schon zu haben.



© dpa

Im Mai warb Verkehrsminister Wissing im Bundesrat für das 9-Euro-Ticket.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing hat für seine Idee, die Tarife im öffentlichen Nahverkehr zu vereinheitlichen, Lob und Kritik erhalten. Der Deutsche Städtetag begrüßte den Vorschlag. Aus dem bayerischen Verkehrsministerium dagegen hieß es, dem Staat werde es nicht gelingen, einheitliche Preise durchzusetzen, wenn er dafür nicht auch Geld in die Hand nehme.

In einem Zeitungsinterview hatte Wissing (FDP) angekündigt, nach dem zeitlich begrenzten 9-Euro-Ticket eine dauerhafte Vereinfachung des Tarifsystems im öffentlichen Nahverkehr anzustreben. „Wenn die komplizierten Tarifzonen verschwinden und die Tickets bundesweit gelten, wird der öffentliche Nahverkehr sehr viel stärker genutzt“, sagte der FDP-Politiker der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. „Wir sollten deswegen endlich Wege finden, den Tarif-Dschungel in Deutschland zu beenden.“

Die Erfahrungen mit dem 9-Euro-Ticket, das noch bis Ende August läuft, sollen laut Wissing demnach erst gründlich ausgewertet werden. „Ab Herbst werden wir dann die notwendigen Schlüsse ziehen“, kündigte der Minister an. Die wichtigste Lehre, die er aus der Begeisterung für das 9-Euro-Ticket ziehe, laute „Es braucht strukturelle Veränderungen.“

Bürger werden durch das Ticket für drei Monate entlastet

Ziel des 9-Euro-Tickets ist eine Entlastung der Menschen angesichts der hohen Inflation sowie ein Beitrag zum Klimaschutz. Es berechtigt Käuferinnen und Käufer, für jeweils 9 Euro in den Monaten Juni, Juli und August im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) durch ganz Deutschland zu fahren.

Der Deutsche Städtetag begrüßte den Vorstoß des Ministers grundsätzlich, verwies aber gleichzeitig auf Finanzierungslücken. Der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes, Helmut Dedy, sagte der Deutschen Presse-Agentur am Samstag: „Der ÖPNV muss attraktiver werden, die Städte unterstützen ein einfacheres Tarifsistem.“

Hier finden Sie einen externen Inhalt von Opinary. Um externe Inhalte anzuzeigen, ist Ihre widerrufliche Zustimmung nötig. Dabei können personenbezogene Daten von Drittplattformen (ggf. USA) verarbeitet werden. Weitere Informationen.

Externe Inhalte aktivieren

Der Städtetag freue sich daher, dass der Bundesverkehrsminister nun offenbar mit den Ländern und den Trägern des Öffentlichen Nahverkehrs über bundesweit geltende Tickets sprechen wolle. Dies sei allerdings kein einfaches Unterfangen, weshalb hier „kreative Lösungen“ gefragt seien. Eine Voraussetzung sei, „dass zeitgleich die massiv gestiegenen Kosten im Bereich Energie und Personal“ ausgeglichen werden und damit der Bestand gesichert werde.

Ein großer Erfolg aus Sicht der Bundesregierung

Wissing nannte das 9-Euro-Ticket einen „fulminanten Erfolg“ und die „beste Idee für den Bahnverkehr seit ganz langer Zeit“. Dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) zufolge wurden mit Stand Ende Juni bundesweit rund 21 Millionen der Sonderfahrkarten verkauft. Hinzu kommen 10 Millionen Abonnenten, die das vergünstigte Ticket automatisch erhalten. „Wir haben spürbar weniger Verkehr auf den Straßen, deutlich weniger Staus“, sagte Wissing. „Offenbar sind viele vom Auto in Busse und Bahnen umgestiegen.“

Zu Finanzierungsfragen hielt sich Wissing dem Bericht zufolge bedeckt. Dass die Finanzierung des ÖPNV für die Länder eine große Herausforderung sei, „kann ich nachvollziehen“, sagte er der Zeitung. „Allen ist aber auch klar, dass der Bund kein Monatsticket für 9 Euro auf Dauer finanzieren kann. Das wären jährlich rund 10 Milliarden Euro“, sagte der Minister. „Ich kann hier nicht den Haushaltsverhandlungen vorgreifen.“

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP von 2021 heißt es, die Attraktivität des ÖPNV solle verbessert werden. Außerdem hielt die Ampelkoalition fest: „Wir wollen einen Ausbau- und Modernisierungspakt, bei dem sich Bund, Länder und Kommunen unter anderem über die Finanzierung bis 2030 einschließlich der Eigenanteile der Länder und Kommunen und die Aufteilung der Bundesmittel verständigen sowie Tarifstrukturen diskutieren. Regionalisierungsmittel werden ab 2022 erhöht.“ Dedy mahnte, die Zusagen aus dem Koalitionsvertrag müssten nun eingelöst werden.

Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU) sagte: „Es ist völlig unrealistisch, den Tarifschub zu lichten, ohne Geld dafür in die Hand zu nehmen.“ In Bayern sei man in der Frage ohnehin schon weiter. Noch dieses Jahr werde eine ÖPNV-Strategie 2030 vorgestellt,

mit einem E-Ticket, das es Fahrgästen ermöglichen werde, nach dem Prinzip „ein Klick – ein Ticket“ in ganz Bayern unterwegs zu sein.

Quelle: dpa

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2022
Alle Rechte vorbehalten.